

Stellungnahme zur Anpassung der De-minimis- Verordnung für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI)

Die Wiener Stadtwerke und ihre Unternehmen, erbringen wesentliche Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (z.B. öffentlicher Personennahverkehr, Gütertransport, Energieversorgung usw) und tragen mit ihren Geschäftsfeldern wesentlich zur Daseinsvorsorge in Wien bei, weshalb wir uns für die Möglichkeit der Stellungnahme bedanken.

Anhebung der Wertgrenze:

Grundsätzlich begrüßen wir die Bestrebung der Europäischen Kommission (EK) die Wertgrenzen von De-minimis Beihilfen auch im Bereich der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse an die Inflation im Zeitraum 2012 bis 2030 anzupassen. Bei dieser Anhebung müssen insbesondere auch die stark ansteigenden Preise der letzten Monate z.B. im Energiebereich, aber auch die wirtschaftlichen Auswirkungen von COVID und nicht zuletzt der massive Arbeitskräftemangel jedenfalls berücksichtigt werden. Die Anhebung von €500.000,- auf €650.000,- spiegelt hier leider nicht die Inflation der letzten Jahre bzw. im Zeitraum 2012 bis 2030 wieder. Hier ersuchen wir, auf Grund der massiven Preissteigerungen, um eine weitere **Anhebung auf mind. € 800.000,-**

Definition “einziges Unternehmen”:

Die Anpassung bestimmter Begriffe an die allgemeine De-minimis Verordnung wird seitens der Wiener Stadtwerke sehr kritisch gesehen. Die Regelung in Art 3 Abs 2 der DAWI De-minimis VO, mit der festgelegt wird, dass Unternehmen, die durch gewisse Leitungs-, Aufsichts-, Kontroll- und/oder Stimmrechte miteinander verbunden sind, als ein einziges Unternehmen gelten, muss jedenfalls seitens der EK und in weiterer Folge auch seitens des EuGH überdacht werden. Bereits bisher war es den einzelnen Unternehmen unserer Gruppe auf Grund dieser Regelung fast nicht möglich bei Förderungen, die De-minimis Ausnahme in Anspruch zu nehmen. In einer Unternehmensgruppe, welche verschiedenste Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse in unterschiedlichen Unternehmen erbringen, wird diese Definition zu einer großen Hürde für die Inanspruchnahme von Beihilfen. Auf Grund der derzeitigen Lage, der massiv steigenden Energiepreise und der grundsätzlich sehr hohen Inflation, wäre das überhaupt nicht mehr möglich. Dies würde jedoch die Förderung des Öffentlichen Verkehrs massiv behindern und somit auch die Ziele des Green Deals und der Mobilitätstrategie der Europäischen Kommission konterkarieren. Grundsätzlich aber gerade in Zeiten von Krisen sind Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse für die Grundversorgung der Bevölkerung essenziell. Dies hat zum Beispiel der öffentliche Verkehr europaweit bei der COVID 19 Pandemie (z.B. Beförderung von Gesundheitspersonal) und auch

beim Ukraine Krieg (z.B. Schutz in U-Bahnstationen, Lieferung von Bussen) eindrücklich bewiesen. Daher ist es essenziell, dass ein Konzern, in dem viele dieser Dienstleistungen erbracht werden, gefördert wird und nicht als einziges Unternehmen gilt.

Kumulierung von De-Minimis Beihilfen:

In Art 5 Abs 2 des Entwurfs wird geregelt, dass de-minimis-Beihilfen nach dieser Verordnung nur bis zu dem in Artikel 3 Absatz 2 festgelegten Höchstbetrag mit de-minimis-Beihilfen nach anderen de-minimis-Verordnungen kumuliert werden dürfen. Dies ist ebenfalls aus den oben genannten Gründen nicht förderlich, wodurch dieser Absatz gestrichen werden sollte, um das Beihilfenpotenzial für die wesentlichen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in Anspruch nehmen zu können.

Als kommunal städtisches Unternehmen der Daseinsvorsorge, bedanken wir uns im Voraus für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen für einen fachlichen Austausch dazu gerne zur Verfügung.